

In den Fängen des Krieges: Belarusisches Regime und Opposition

Burkhardt, Fabian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Burkhardt, F. (2022). In den Fängen des Krieges: Belarusisches Regime und Opposition. *Religion & Gesellschaft in Ost und West (RGOW)*, 50(8-9), 38-40. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-81269-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Fabian Burkhardt

In den Fängen des Krieges: Belarusisches Regime und Opposition

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat auch die Koordinaten des innenpolitischen Machtkampfs in Belarus verändert. Bereits durch die Niederschlagung der Massenproteste im Herbst 2020 mit russischer Hilfe hat sich das Lukaschenka-Regime in verstärkte Abhängigkeit vom Kreml begeben. Eine Rückkehr zu einer Schaukelpolitik zwischen Russland und der EU ist nicht mehr möglich, erst recht nicht, seit Belarus als Aufmarschgebiet für den russischen Angriff auf die Ukraine fungiert. Die belarusische Opposition im Exil hat ihre Strategie angepasst und sich als Anti-Kriegsbewegung neu definiert. Gleichzeitig werden Risse unter den Oppositionskräften erkennbar.

Am 9. August 2022 jährten sich die gefälschten Präsidentschaftswahlen in Belarus zum zweiten Mal. Damals verlief die wesentliche Konfliktlinie zwischen dem autoritären Herrscher Aljaksandr Lukaschenka und seiner Machtvertikale sowie

Fabian Burkhardt, Dr., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg und Redakteur der Russland-Analysen und Ukraine-Analysen.

der Einheitskandidatin der Opposition, Svatlana Tsichanouskaja, die von einer breiten gesellschaftlichen Koalition getragen wurde.¹ Eine der weltweit größten gewaltlosen Protestbewegungen gegen Wahlfälschungen und

Repressionen schienen das Lukaschenka-Regime ins Wanken zu bringen. Doch mit eiserner Hand und Unterstützung Russlands schaffte es Lukaschenka, die Protestbewegung niederzuschlagen. Die Protestanführer:innen wurden entweder ins Exil gedrängt oder zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, die verbleibenden unabhängigen NGOs im Land zwangslíquidiert und Medien geschlossen.² International wurde das belarusische Regime durch mehrere Wellen von Sanktionen der EU und USA wegen der Repressionen, der Zwangslandung des Ryanair-Flugzeugs und der Migrationskrise an der belarusisch-polnischen Grenze wirtschaftlich isoliert,³ und es war zusehends Svatlana Tsichanouskaja als „Anführerin der demokratischen Kräfte“, die mit ihrem im litauischen Vilnius angesiedelten Büro Belarus international gegenüber den „westlichen“ Staaten vertrat, da diese Lukaschenka nicht als legitimen Präsidenten anerkannten.

- 1) Burkhardt, Fabian; Rohava, Maryia: „Diktatur ist unser Markenzeichen“ – Belarus: Machtvertikale vs. horizontale Gesellschaft. In: Osteuropa 70, 10–11 (2020), S. 127–146, <https://zeitschrift-ost.europa.de/hefte/2020/10-11/vertikale-macht/>. Vgl. auch RGOW 48, 12 (2020): Verordneter Stillstand und Proteste – Politik und Religion in Belarus und Russland.
- 2) Petz, Ingo: Am Ende der Information? – Medien in Belarus. In: RGOW 49, 7–8 (2021), S. 3–5.
- 3) Miadvetskaya, Yuliya: Designing Sanctions: Lessons from EU Restrictive Measures against Belarus. In: Policy Paper des German Marshall Fund, Juni 2022, S. 1–22, <https://www.gmfus.org/news/designing-sanctions-lessons-eu-restrictive-measures-against-belarus>

Verfassungsreferendum rückt in den Hintergrund

Zum Jahreswechsel 2021/2022 schien noch das für den 27. Februar 2022 angesetzte Verfassungsreferendum das prägende Ereignis des ersten Halbjahres zu werden. Lukaschenka hatte zwar Neuwahlen immer ausgeschlossen, aber Verfassungsänderungen als vermeintliches Angebot zum „nationalen Dialog“ versprochen, die die Macht des Präsidentenamtes reduzieren sollten. Zur Hochzeit der Proteste Ende 2020 hatte er sogar angedeutet, dass er bei vorgezogenen Präsidentschaftswahlen nach Inkrafttreten der Verfassungsreform nicht mehr antreten würde.⁴ Der am 20. Januar 2022 veröffentlichte Entwurf machte allerdings deutlich, dass Lukaschenka bestrebt war, seine formale Macht noch weiter zu konsolidieren.⁵ Offensichtlich war er im Laufe des Jahres 2021 zur Überzeugung gekommen, dass es derzeit nicht notwendig ist, Vorbereitungen für einen vorzeitigen Abtritt zu treffen. Die Opposition erklärte das Referendum von vorneherein als unrechtmäßig; Lukaschenka ließ ohnehin keinen konkurrierenden Verfassungsentwurf zu. Anstelle eines Boykotts entschied sich die Opposition zu einer gemeinsamen aktiven Strategie: Andersdenkende Belarus:innen sollten am Referendum teilnehmen und die Wahlzettel ungültig machen, indem sie sowohl „Ja“ als auch „Nein“ ankreuzten. Die Onlineplattformen „Golos“ und „Zubr“ sammelten Fotos der ungültigen Wahlzettel als Beweis für massive Wahlfälschungen – mit dem Hintergedanken, dass die Empörung darüber zu einer erneuten Protestwelle führen könnte.⁶

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine am 24. Februar, drei Tage vor dem letzten Tag der mehrtägigen Abstimmung am 27. Februar, ließ nicht nur das Verfassungsplebiszit zu einem unbedeutenden Ereignis werden, sondern es stellte auch eine neue Herausforderung für die „demokratischen Kräfte“ im Exil dar. Denn obwohl Belarus selbst keine Truppen in die

- 4) Burkhardt, Fabian; Dollbaum, Jan Matti: Belarus vor dem Referendum 2022: Verfassungsreform und Protestbereitschaft. In: Belarus-Analysen Nr. 58 (23. 12. 2021), S. 7–15.
- 5) Venice Commission: Belarus. Urgent Interim Opinion on the Constitutional Reform, [https://www.venice.coe.int/webforms/documents/default.aspx?pdffile=CDL-AD\(2022\)008-e](https://www.venice.coe.int/webforms/documents/default.aspx?pdffile=CDL-AD(2022)008-e).
- 6) Ottschet grazhdanskich initsiativ „Golos“, „Tschestnye Ljudi“, Zubr o t. n. „referendume“ po vneseniju izmenenij v Konstitutsiju Belarusi v 2022 g., <https://zubr.in/files/ref2022.pdf>.

Ukraine schickte, ist es als wichtigster Bündnispartner Russlands de facto zur Kriegspartei geworden. Lukaschenka stellte Russland die zivile und militärische Infrastruktur des Landes zur Verfügung, die für die geplante Zangenbewegung auf die ukrainische Hauptstadt Kyjiw in der ersten Phase des Krieges unerlässlich war. Für die belarusische Opposition im Exil ergibt sich somit die Herausforderung, dass ihre Strategie zum „Sieg“ (*Peramoha*⁷, so der belarusische Name des Plans) über das Lukaschenka-Regime nicht mehr so sehr von der innenpolitischen Resilienz des autoritären Regimes selbst abhängt. Seit Februar ist es vor allem der Ausgang des Krieges gegen die Ukraine, der über den Verbleib von Lukaschenka an der Macht entscheiden wird. Dieser neue Sachverhalt erforderte auch eine Anpassung der Strategie der „demokratischen Kräfte“, die sich nun als Anti-Kriegsbewegung neu definiert haben.⁸

Das belarusische Regime und der Krieg

Das außenpolitisch wichtigste Ergebnis vom August 2020 war, dass Lukaschenkas Niederschlagung der Protestbewegung eine weitere massive Einschränkung der belarusischen Souveränität zur Folge hatte. Im Gegen-

satz zu früheren Wahlzyklen war dieses Mal eine Rückkehr zu einer Schaukelpolitik zwischen Russland und der EU endgültig ausgeschlossen; die Abhängigkeit von Russland war an einem historischen Höhepunkt angelangt. Und Russland ließ sich dies teuer bezahlen: Die wirtschaftliche Unterstützung fiel sparsam aus,

Obwohl Belarus selbst keine Truppen in die Ukraine schickte, ist es als wichtigster Bündnispartner Russlands de facto zur Kriegspartei geworden.

Kredittranchen wurden nur tröpfchenweise im Gegenzug für eine weitergehende Integration der bereits 1999 gegründeten Staatenunion zwischen Belarus und Russland ausgezahlt: Im November 2021 verabschiedeten der russische Präsident Vladimir Putin und Lukaschenka 28 Integrationsprogramme, die zuvor mehrere Jahre von Lukaschenka blockiert worden waren, sowie eine gemeinsame Militärdoktrin und ein Konzept für Migrationspolitik. Seit 2021 sind auch russische Militäreinheiten mit einem Trainingszentrum in Hrodno und Kampfflugzeugen in Baranawitschy erstmals dauerhaft in Belarus stationiert. Im Zuge des Verfassungsreferendums wurde das Streben des belarusischen Staates nach außenpolitischer Neutralität und nach einem atomwaffenfreien Staatsgebiet aus dem Verfassungstext gelöscht, was ein bisher bestehendes formales Hindernis für die Stationierung von russischen Truppen und Atomwaffen in Belarus beseitigte. Die belarusisch-russische Militärübung „Bündnisentschlossenheit“ im Februar 2022 ging nahezu fließend in Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine über.⁹

Der Machtpolitiker Lukaschenka versteht allerdings nur zu gut, dass Putin Belarus genauso wenig als souveränen Staat



In immer größerer Abhängigkeit: Aljaksandr Lukaschenka trifft Vladimir Putin am 25. Juni in St. Petersburg. Foto: kremlin.ru

ansieht wie die Ukraine. Trotz immens gestiegener Abhängigkeit von Russland bleibt Lukaschenkas Haltung ambivalent: Einerseits zeigt sich Belarus unter den Mitgliedern des eurasischen Verteidigungsbündnisses *Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit* (OVKS) als loyalster Partner Russlands, es bot sein Territorium für russische Raketen- und Luftschläge gegen die Ukraine an und stellt durch die Militarisierung seiner Südflanke eine dauerhafte Bedrohung für die Ukraine dar. Auch der belarusisch-russische Handel boomt. Andererseits äußerten sich belarusische Offizielle mehrfach ambivalent zur Stationierung von russischen taktischen Atomwaffen auf belarusischem Staatsgebiet. Außenminister Uladzimir Makej versuchte immer wieder, Belarus als Vermittler im Ukraine-Krieg ins Spiel zu bringen; dabei schwingt die Hoffnung mit, dass die EU unter dem Druck hoher Energiepreise und atomarer Drohungen Russlands nachgeben wird.¹⁰

Die Haltung der belarusischen Bevölkerung stellt ebenfalls einen nicht zu unterschätzenden Faktor dar, der Lukaschenkas Bewegungsfreiheit im Krieg einschränkt. Bereits vor Ausbruch der Kampfhandlungen sprach sich die Mehrheit der Belarus:innen für eine neutrale Haltung des eigenen Landes aus, wenn es zu einem Krieg kommen sollte. Im Juni unterstützten 43 Prozent der Befragten die „militärischen Handlungen der russischen Armee auf dem ukrainischen Staatsgebiet“ nicht, 33 Prozent brachten ihre Unterstützung zum Ausdruck, 23 Prozent machten keine eindeutige Aussage. Lediglich 5 Prozent waren im Juni dafür, dass Belarus an der Seite Russlands in den Krieg einsteigen sollte, und 23 Prozent bekundeten zwar ihre Unterstützung für die russische Armee, waren aber gegen einen Kriegseintritt von Belarus. Die Haltung gegenüber der Ukraine war mit 65 Prozent ähnlich positiv wie mit 71 Prozent gegenüber Russland.¹¹ Auch wenn eine Mehrheit eine neutrale Haltung von Belarus im Krieg präferiert, radikalisierten sich Teile der Bevölkerung zusehends. Diese Radikalisierung war schon im Jahr 2021 zu beobachten, als es zu einzelnen Attacken auf Polizeireviere oder einer Schießerei zwischen dem Programmierer Andrej Seltar und Sicherheitsleuten des KGB, die Seltar in seiner Wohnung

7) Plan Peramoha; <https://www.planperamoga.org/>.

8) Manifest Antivoennogo Dvizenija; <https://tsikhanouskaya.org/ru/events/news/f8159f8cf18e6fc.html>.

9) Rác, András: Becoming a Military District. Deepening Military Cooperation between Russia and Belarus. In: European Institute for Security Studies (14.03.2022), <https://www.iss.europa.eu/content/becoming-military-district>.

10) <https://belarusinfocus.pro/be/analytcs/byaspeka>.

11) Chatham House: How Russia's War against Ukraine has Changed Belarusians' Views on Foreign Affairs (poll conducted 6–17 June 2022), <https://en.belaruspolls.org/wave-10>.



Svjatlana Tsichanouskaja auf der Konferenz „Neues Belarus“ in Vilnius mit den Mitgliedern ihres Kabinetts: Pavel Latuschka, Aljaksandr Azarau, Valer Kavaleuski, Valeryj Sachaschtschik (von links nach rechts).

Foto: flickr.com/tsichanouskaja

festnehmen wollten, gekommen war. Der Krieg hat diese Entwicklung beschleunigt: „Eisenbahnpartisanen“ legten Schienennetze lahm, um russische Militärtransporte zu behindern, und gaben Truppenverlegungen an die Ukraine weiter. Belarusische Freiwillige schlossen sich in Einheiten wie dem Kastus-Kalinowski-Batallion oder dem Pahonja-Regiment an, um Seite an Seite mit ukrainischen Truppen gegen Russland zu kämpfen.

Neupositionierung der „demokratischen Kräfte“

Die erneute russische Invasion der Ukraine war für die „demokratischen Kräfte“ im Exil um Svjatlana Tsichanouskaja Krise und Chance zugleich. Einerseits rückten die Belange der belarusischen Opposition mit Kriegsbeginn in den Hintergrund der internationalen Aufmerksamkeit. Gleichzeitig wurde Belarus als Kriegspartei ebenfalls mit Sanktionen belegt, die vor allem für die Diaspora Einschränkungen in Bezug auf Aufenthaltsgenehmigungen, Reisefreiheit und Zugang zu belarusischen Bankkonten mit sich brachten. Der noch stärkere Fokus auf die Diaspora und das Rebranding zur Anti-Kriegsbewegung, die sich nun auch der humanitären und militärischen Hilfe für die Ukraine verschrieben hat, birgt die Gefahr einer weiteren Entfremdung von jenen Belarus:innen, die im Land verblieben sind. Soziologische Umfragen von Ryhor Astapenia legen nahe, dass die Bevölkerung sich in politischen Fragen in fünf Segmente aufteilen lässt: Die harte Basis von Lukaschenka-Unterstützer:innen (21 Prozent); autoritär eingestellte Belarus:innen, die zwar der Lukaschenka-Basis nahe stehen, aber in vielen Fragen eher neutral eingestellt sind (27 Prozent); die schweigende apolitische Minderheit (15 Prozent); mit 25 Prozent bilden etwa ein Viertel der Befragten den die Protestbewegung unterstützenden demokratischen Kern, dem wiederum die Sympathisierenden (13 Prozent) nahestehen, die insgesamt aber eher eine neutral-distanzierende Haltung einnehmen.¹² Schon 2021 waren im demokratischen Lager im Exil verschiedene Strömungen mit unterschiedlichen Strategien sichtbar geworden, welche Politik gegenüber den einzelnen Segmenten der belarusischen

Gesellschaft die vielversprechendste sei und letztendlich zu einem Sieg über das Lukaschenka-Regime führen könnte.

Russlands Krieg gegen die Ukraine wirkte geradezu wie ein Katalysator, der die früher schon unterschwellig vorhandenen Konfliktlinien zwischen den Machtzentren der belarusischen Exilopposition zum Vorschein kommen ließ. Zwischenzeitlich entstand der Eindruck, dass die „neue“ belarusische Opposition den bekannten Weg der „alten“ einschlägt: In den vergangenen zwei Jahrzehnten fingen nach einer kurzen Phase der Einigkeit um die Präsidentschaftswahlen herum die Streitereien um Posten und Ressourcen an – eine Dynamik, die letztendlich immer Lukaschenka zugutekam. Veranika und Valeryj Tsepkala sowie Pavel Latuschka (Volksantikrisenmanagement, NAU) kritisierten das Büro von Svjatlana Tsichanouskaja für geheimniskrämerische Entscheidungsfindung, für Intransparenz bei der Einwerbung und Ausgabe von Finanzmitteln oder für die ungleiche mediale Berichterstattung über die verschiedenen Oppositionskräfte. Das Ehepaar Tsepkala versuchte gar mit dem „Forum Demokratischer Kräfte“, das in Warschau und Berlin tagte, eine parallele Struktur aufzubauen. Auf dem Berliner Forum wurde eine weitere Kritik laut: die Zeit des zivilen Widerstandes gegen Lukaschenka sei vorbei. Das Regime könne nur gestürzt werden, wenn die Ukraine den Krieg gewinne, und dafür sei auch gewaltsamer Widerstand in Belarus selbst vonnöten. Am deutlichsten äußerte diese Meinung Vadim Prokopjew, der Gründer des Pahonja-Freiwilligenregiments, der in Berlin forderte, dass Tsichanouskaja ein „Kriegs-Premierminister“ zur Seite gestellt werden müsste.

Am zweiten Jahrestag der gefälschten Präsidentschaftswahlen organisierte Tsichanouskaja am 8. und 9. August in Vilnius die Konferenz „Neues Belarus“, bei der mehr als 400 belarusische Oppositionelle zusammentrafen. Das wichtigste Ergebnis der Konferenz war die Bildung eines Übergangskabinetts als Reaktion auf den Vorwurf, Tsichanouskaja habe die Ernennung einer Exilregierung monatelang verschleppt. Vorläufig für ein halbes Jahr werden im Kabinett vertreten sein: der Tsichanouskaja-Berater Valer Kavaleuski für Außenpolitik, Pavel Latuschka (NAU) für den Machttransfer, der ehemalige Kommandeur einer belarusischen Elite-Luftlandebrigade und Unternehmer Valeryj Sachaschtschik für Verteidigung und nationale Sicherheit sowie der ehemalige Strafermittler und derzeitige Koordinator von ByPol (Vereinigung von ehemaligen Sicherheitsleuten, die sich vom Lukaschenka-Regime losgesagt haben) Aljaksandr Azarau für öffentliche Ordnung und Sicherheit. Insbesondere die Nominierungen von Azarau und Sachaschtschik, der für die Formierung einer alternativen Armee verantwortlich ist, zeigen deutlich auf, dass Tsichanouskaja jene oppositionellen Gruppierungen einzubinden sucht, die sich für eine Strategie im Kampf gegen das Lukaschenka-Regime aussprechen, die nicht nur auf zivilen Widerstand setzt. Inwieweit diese Strategie in die Praxis umgesetzt wird, muss sich in den nächsten Monaten erst noch zeigen.

Eines ist inzwischen aber klar: Zwei Jahre nach den gefälschten Präsidentschaftswahlen verläuft die wichtigste Konfliktlinie nicht mehr nur zwischen dem Regime und der sich institutionalisierenden Protestbewegung. Sowohl Lukaschenka als auch die „demokratischen Kräfte“ sind Getriebene des Krieges: Denn die Zukunft von Belarus wird sich nunmehr vor allem auf den Schlachtfeldern in der Ukraine entscheiden.

12) Chatham House: What Belarusians Think about a Referendum and Possible War between Russia and Ukraine (poll conducted 20 January – 10 February 2022); <https://en.belaruspolls.org/wave-7>.